

Jahresbericht 2023



Inhalt

Rückblick auf die Legislatur 2020-2023	2
Schwerpunkte und Tätigkeiten der EKR 2023	5
1. Prävention und Sensibilisierung	5
2. Analyse und Forschung zu rassistischer Diskriminierung	8
3. Parlamentarische Vorstösse und politische Agenda	13
4. Kommunikation	16
Aus der Kommission	19

Rückblick auf die Legislatur 2020-2023

2023, andererseits war es das letzte Amtsjahr der Präsidentin der EKR, Martine Brunschwig Graf. Ich möchte Martine Brunschwig Graf im Namen der ganzen Kommission und des Sekretariats der EKR einen grossen Dank aussprechen für die 12 Jahre, die sie sich mit unglaublichem Engagement, Weitsicht und Überzeugung gegen Rassismus und für eine gerechtere und respektvollere Schweiz eingesetzt hat.

Ein herzlicher Dank geht auch an die Kommissionsmitglieder, die ihr Amt Ende 2023 niedergelegt haben, allen voran an unsere Vizepräsidentin, Maya Hertig, die mit ihren wohlüberlegten und fundierten Einschätzungen unsere Arbeit bereichert und das Sekretariat konstant unterstützt hat. Danke auch an Wolfgang Bürgstein, Fredy Fässler, Ruedi Horber, Rifa'at Lenzin, Venanz Nobel, Nenad Stojanović und Celeste Ugochukwu, die während ihrer Amtszeit alle einen wertvollen Beitrag geleistet haben.

Ich möchte das Ende der Legislaturperiode zum Anlass nehmen, einen kurzen Rückblick auf die vergangenen vier Jahre und die Umsetzung der Legislatorschwerpunkte zu werfen. Die Legislatur war geprägt von den «Black Lives Matter»-Demonstrationen, die das Thema Rassismus stark ins öffentliche Bewusstsein gerückt haben, von den rassistischen und antisemitischen Äusserungen und Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Pandemie und im letzten Jahr vom Nahostkonflikt, der in der Schweiz zu einem starken Anstieg von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus und zu einer schmerzhaften Polarisierung des Diskurses auch innerhalb der Antirassismus-Szene geführt hat. In den kommenden Monaten und vermutlich Jahren werden wir alle gefordert sein, einen konstruktiven, empathischen, diskriminierungs- und gewaltfreien Dialog zu pflegen und dazu beizutragen, dass polarisierende Positionen und Haltungen nicht zu einer Spaltung der Gesellschaft führen.

Rassismus in Bildungsinstitutionen

Die Berichte des Beratungsnetzes für Rassismuskritiker zeigen seit Jahren, dass der Bildungsbereich besonders von Rassismus betroffen ist. Auch bei der EKR gehen immer wieder Klagen ein, dass Wissen über Rassismus, Minderheiten und Diskriminierung in der Schule nicht angemessen vermittelt wird. Es geht also einerseits um konkrete Vorfälle, andererseits aber auch um Strukturen, die Rassismus begünstigen und eine Auseinandersetzung damit erschweren. Um dieses Problemfeld aufzugreifen und konkrete Empfehlungen erarbeiten zu können, hat die EKR 2023 eine Studie publiziert, die einen Überblick über die Auseinandersetzung mit Rassismus, rassistischen Narrativen und der

Darstellung gesellschaftlicher Vielfalt in aktuellen Schweizer Lehrmitteln gibt. Die Studie zeigt, dass eine zunehmende Sensibilität gegenüber rassistischen Begriffen und dem Thema «koloniale Schweiz» feststellbar ist und die Darstellung einer (post-)migrantischen, vielfältigen Gesellschaft punktuell auch in Lehrmitteln umgesetzt wird. Dennoch bieten die Lehrmittel noch zu wenig Ansätze für eine rassismuskritische Bildung. Die EKR weist in ihren Empfehlungen zur Studie folgerichtig darauf hin, dass die Verankerung des Themas Rassismus in den Lehrplänen ein wichtiger Schritt wäre, um es im Unterricht angemessen behandeln zu können.

Die Studie ist aber nicht nur wegen ihrer Erkenntnisse wichtig. Sie soll auch weiterhin eine Grundlage bieten, um in den nächsten Jahren mit den verschiedenen Akteuren im Bildungsbereich ins Gespräch zu kommen und einen Dialog zu führen.

Fachtagung Jugend und Rassismus

Höhepunkt der Legislaturperiode war sicherlich die Fachtagung «Jugend und Rassismus». Es war der Kommission ein Anliegen, der Situation von Jugendlichen während der vier Jahre besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Im Mittelpunkt der Fachtagung stand daher die Frage, in welchen Lebensbereichen Jugendliche Rassismus erfahren, und welche Verantwortung die Institutionen bei der Prävention von Rassismus tragen. Ein wichtiges Signal setzte die Eröffnungsrede von Bundespräsident Alain Berset, der die Problematik des strukturellen Rassismus aufgriff. Er machte deutlich, dass Jugendliche in der Schweiz nicht nur mit manifestem Rassismus konfrontiert sind, sondern auch mit alltäglichen rassistischen und diskriminierenden Strukturen und Praktiken, sei es im Bildungsbereich oder bei der Lehrstellensuche.

Hassrede im Internet

Die Frage, was gegen rassistische Hassrede im Internet getan werden kann, beschäftigt die EKR seit vielen Jahren. Die EKR hat wiederholt an die Verantwortung der sozialen Medien appelliert, konsequenter gegen rassistische Inhalte vorzugehen, oder auf die ungenügenden rechtlichen Grundlagen bei der Regulierung von Intermediären hingewiesen.

Die Hassreden im Internet sind nicht weniger geworden, und es wäre unrealistisch zu glauben, die EKR allein könne hier etwas zum Besseren wenden. Dennoch hat die EKR in der Legislatur 2020-2023 versucht, einen kleinen Beitrag zum besseren Umgang mit Hate Speech im Internet zu leisten. Im Rahmen des Beratungsnetzes wurden in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der EKR verschiedene Weiterbildungen durchgeführt und ein Leitfaden zum Umgang mit rassistischer Hassrede für die Beratungsstellen erarbeitet.

2021 lancierte die EKR die Meldeplattform «Report Online Racism», um Personen, die im Internet auf Hassrede stossen, eine niederschwellige Möglichkeit zu bieten, diese zu melden. Bei klaren Verstössen gegen Art. 261^{bis} StGB erstattet das Sekretariat der EKR Anzeige. In diesem Jahresbericht finden sie eine Auswertung der gemeldeten Fälle.

Rassismus in den Medien

2020 beauftragte die EKR die Akademie für Journalismus und Medien (AJM) der Universität Neuenburg mit der Durchführung einer Studie mit dem Ziel, besser zu verstehen, wie ein Medienproduktionssystem als Ganzes zu Produktionen mit potenziell diskriminierenden Auswirkungen führen kann. Die Erkenntnisse aus dieser Studie hat die EKR genutzt, um den Dialog mit den Medien zu diesem Thema weiterzuführen, wobei die Aus- und Weiterbildung sowie die Verantwortung der Medien für die Meinungsbildung und das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft im Vordergrund stehen.

Zivilrechtlicher Diskriminierungsschutz

Seit 29 Jahren weist die EKR darauf hin, dass der zivilrechtliche Diskriminierungsschutz in der Schweiz nicht ausreichend ist. 2010 publizierte die EKR den Bericht «Recht gegen rassistische Diskriminierung», in dem sie konkrete Empfehlungen abgab. Passiert ist seither wenig bis gar nichts. Dies war Grund genug, den rechtlichen Schutz vor Diskriminierung als Schwerpunktthema aufzunehmen. Für die Legislatur 2020-2023 stand dabei im Vordergrund, Grundlagen zu schaffen, um die Diskussion über den ungenügenden Schutz vor rassistischer Diskriminierung wieder aufzunehmen. So liess die EKR einerseits eine rechtsvergleichende Analyse erstellen, die einen Blick auf das Antidiskriminierungsrecht im europäischen Ausland wirft, andererseits beauftragte sie Kurt Pärli, Professor für Soziales Privatrecht in Basel, anhand von Beispielen die Lücken im zivilrechtlichen Diskriminierungsschutz in der Schweiz darzustellen und konkrete Verbesserungsvorschläge zu formulieren. Die Ergebnisse werden in Kürze veröffentlicht.

Alma Wiecken, Leiterin des Sekretariats der EKR

Schwerpunkte und Tätigkeiten der EKR 2023

1. Prävention und Sensibilisierung

Expertendiskussionen im Rahmen der Kommissionssitzungen der EKR

Die Kommission lädt regelmässig Expertinnen und Experten an ihre Plenarsitzungen ein, um bestimmte Themen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit zu vertiefen.

Im April 2023 stellten die Forschenden Simon Affolter und Vera Sperisen von der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz der Kommission den Schlussbericht ihrer von der EKR in Auftrag gegebenen Studie vor. Ziel dieser Studie war es, in Schweizer Unterrichtsmaterialien die Behandlung des Themas Rassismus und der Vielfalt der Bevölkerung in der Schweiz zu untersuchen. In den darauf folgenden Diskussionen wurden die Empfehlungen der EKR erarbeitet, die gleichzeitig mit dem Schlussbericht veröffentlicht wurden.

Ebenfalls im April traf sich die Kommission mit Christian Mathis, Professor für Geschichtsdidaktik, und Willi Wottreng, Historiker und freier Journalist, um über das neue Lehrmittel mit dem Titel «Jenische – Manouches/Sinti – Roma. Zu wenig bekannte Minderheiten in der Schweiz» zu diskutieren. Das seit dem Frühjahr 2023 verfügbare Lehrmittel bietet einen kritischen Umgang mit Rassismus ab der 5. Klasse der Primarschule. Es legt den Schwerpunkt auf die Lebenserfahrungen von Angehörigen dieser drei Minderheiten und ermutigt Schülerinnen und Schüler, ethnische Stereotype und Diskriminierungen zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken.

Im Mai stellte Marion Aeberli vom Bundesamt für Statistik (BFS) die Ergebnisse der Erhebung 2022 «Zusammenleben in der Schweiz» (ZidS) vor. Ziel dieser Umfrage, in der die Meinungen der Bevölkerung erhoben werden, ist es, den Stand des Zusammenlebens der verschiedenen in der Schweiz lebenden Bevölkerungsgruppen zu bewerten und die gesellschaftlichen Entwicklungen in Bezug auf Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung zu verfolgen. Die Diskussion bezog sich auf die Gesamtbewertung der vier bereits durchgeführten Erhebungen, wobei Trends wie die anhaltend positive Einstellung gegenüber Minderheitengruppen und die bessere Anerkennung von Rassismus als soziales Problem hervorgehoben wurden – dies trotz einer Zunahme selbstberichteter Diskriminierungserfahrungen.

Ebenfalls im Mai stellte Kurt Pärli, Professor für Soziales Privatrecht in Basel, die ersten Ergebnisse seiner von der EKR in Auftrag gegebenen Studie über Lücken im zivilrechtlichen Diskriminierungsschutz vor, wobei er sich auf rassistische Diskriminierung im Arbeits- und Mietrecht konzentrierte. Die Studie zeigt rechtliche Lücken auf und schlägt mögliche Verbesserungen vor.

Die Kommission begrüßte ferner Amina Benkais-Benbrahim, Integrationsdelegierte und Leiterin der Fachstelle für Integration und Rassismusprävention des Kantons Waadt (BCI), sowie Bashkim Iseni, Integrationsdelegierter der Stadt Lausanne und Leiter des Lausanner Büros für Integration (BLI). Ihre Präsentation und die anschließende Diskussion gaben den Kommissionsmitgliedern einen vertieften Einblick in die Arbeit und die Herausforderungen der Integrationsbüros auf kantonaler und kommunaler Ebene.

Fachtagung der EKR

An der Fachtagung der EKR «Jugend und Rassismus» nahmen am 26. Juni 2023 in Bern über 270 Personen teil. Fachleute, Personen mit direktem Kontakt zu Jugendlichen und interessierte Bürgerinnen und Bürger debattierten darüber, wie junge Menschen Rassismus wahrnehmen und erfahren und welche Verantwortung den Institutionen bei der Prävention und Bekämpfung von Rassismus zukommt. Die Diskussionen setzten sich anhand vertiefter Studien und Beobachtungen mit den Erscheinungsformen von Rassismus in der Schule, bei Sport- und Freizeitaktivitäten und im digitalen Raum auseinander.

Auf dem Vormittagsprogramm standen drei Hauptreferate: Elke-Nicole Kappus von der PH Luzern sprach über die Notwendigkeit, Bildungsinstitutionen zu befähigen, Rassismus zu erkennen und aktiv zu bekämpfen. Jérôme Berthoud vom Observatorium für Breitensport forderte ein besseres Verständnis und ein umfassenderes Bild von Rassismus im Sport in der Schweiz und wies darauf hin, dass es für die Prävention und die Bekämpfung von Rassismus wichtig sei, das Zusammenleben zu fördern. Stéphane Koch, Spezialist für digitale Themen, hob die Bedeutung der «Digital Citizenship» hervor und betonte, dass der digitale Raum eine entscheidende Rolle für das Wohlbefinden und die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler spielt.

Auf dem Nachmittagsprogramm standen sechs Module, in denen die Wahrnehmung von Rassismus unter Jugendlichen und die Verantwortung der Institutionen vertieft wurden. Die Teilnehmenden befassten sich mit Lücken in Schweizer Lehrmitteln, mit Fragen zu Diversität und Inklusion in der Pfadi-Bewegung und im Sport und der Relevanz von Digital Citizenship Education für die Bekämpfung von Hassrede im Internet. Vermittelt wurde auch, welche

Erfahrungen Jugendliche im Umgang mit Rassismus in der Schweiz haben. Es zeigte sich, dass die Formen der rassistischen Stigmatisierung, die sie erleben, eng mit der sozialen Zugehörigkeit und der schulischen Orientierung zusammenhängen. In der Schlussrunde wurden Initiativen zur Rassismusprävention bei Kindern und Jugendlichen aufgezeigt.

Zwar wurde selbstkritisch angemerkt, dass die Diversität unter den Referierenden der Tagung die Vielfalt der Gesellschaft noch umfassender hätte widerspiegeln können, die Ergebnisse der Befragung zur Zufriedenheit zeugten jedoch mit 80 % positiven Bewertungen von der allgemeinen Wertschätzung der Fachtagung. Die Tagungsbeiträge sind im Ende 2023 veröffentlichten Tagungsbericht publiziert. Die Leserinnen und Leser sind eingeladen, die Anregungen und Schlussfolgerungen des Berichts zu nutzen, um Veränderungen in ihrem eigenen Umfeld anzustossen.

Link: [EKR : Fachtagungen \(admin.ch\)](#)

Würdigung der von der AJM durchgeführten Studie über potenziell diskriminierende Medienberichterstattung in der Schweiz

Die Akademie für Journalismus und Medien (AJM) der Universität Neuenburg führte in der Legislaturperiode 2020–2023 zwei Mandate für die EKR zum Thema potenziell diskriminierende Medienberichterstattung durch. Der erste Bericht, der 2020 publiziert wurde, untersuchte journalistische Produktionen und Diskriminierung in den Schweizer Medien, der zweite Bericht von 2022 betrachtete die Produktionswege von potenziell diskriminierenden journalistischen Themen und die systemischen Elemente der Medienökosysteme. Im Anschluss an die Studien übernahm die AJM 2023 in Zusammenarbeit mit der Università della Svizzera italiana (USI) und der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) ein Mandat zur Verbreitung der Ergebnisse. Es umfasste den Austausch mit den im zweiten Bericht interviewten Journalistinnen und Journalisten, Redaktionsgespräche mit Partnern der ZHAW und der USI, eine Präsentation des Berichts im Plenum des Schweizer Presserats in Anwesenheit der Präsidentin der EKR sowie die Präsentation der Ergebnisse in den Journalistenschulen der Schweiz. Im Berichtsjahr wurden weitere Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen durchgeführt, darunter Vorträge an Tagungen und Interviews in den Medien.

Link: [EKR: Studien – Studie zu den Produktionswegen von potenziell diskriminierenden journalistischen Themen \(1373-D\) \(admin.ch\)](#)

Weiterer Austausch mit Öffentlichkeit und Partnern

Die EKR setzt sich aktiv für die Sensibilisierung und Prävention von Rassismus ein, auch indem sie an verschiedenen öffentlichen und halböffentlichen Veranstaltungen teilnimmt. Im Berichtsjahr nahmen das Sekretariat und das Präsidium an rund 15 verschiedenen Aktivitäten teil. Dazu gehörte auch ihre Beteiligung an Veranstaltungen in der Westschweiz während der Aktionswoche gegen Rassismus (in Neuenburg, Lausanne und im Wallis). Ausserdem war die EKR an Workshops, Podien und Fachtagungen dabei, darunter an einem von der Justizdirektion Zürich organisierten Workshop zu strukturellem Rassismus, einem Podiumsgespräch anlässlich des 80. Jahrestages des Aufstands im Warschauer Ghetto in Lausanne und an der 118. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG). Die EKR führte Sensibilisierungsaktionen durch, die sich auf die Ergebnisse der von ihr publizierten Studie zu Rassismus und Repräsentation gesellschaftlicher Diversität in Lehrmitteln stützten, unter anderem an Lehrerinnen- und Lehrerkonferenzen und am Netzwerk der kantonalen Lehrmittelverantwortlichen.

Auf internationaler Ebene nahm die EKR im November am jährlichen Treffen der nationalen Kontaktstellen zu Hassverbrechen teil, das vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Office for Democratic Institutions and Human Rights, ODIHR) durchgeführt wurde. Neben der Präsentation des Berichts über Hassverbrechen 2023 bot das Treffen den nationalen Kontaktstellen die Möglichkeit, sich über Erfahrungen, Schwierigkeiten und bewährte Praktiken bei der Erfassung von Hassverbrechen auszutauschen.

2. Analyse und Forschung zu rassistischer Diskriminierung

Rassismus und Repräsentation gesellschaftlicher Diversität in Lehrmitteln

Die EKR veröffentlichte im Juni 2023 eine Studie über den Umgang mit Rassismus und gesellschaftlicher Diversität in Schweizer Lehrmitteln. Die von Vera Sperisen und Simon Affolter von der Fachhochschule Nordwestschweiz durchgeführte Studie zeigte einige signifikante Trends auf. Zwar ist eine zunehmende Sensibilität für rassistische Begriffe in den Lehrmitteln zu beobachten, und vereinzelt auch die Thematisierung der kolonialen Schweiz, doch dieses Bewusstsein ist noch begrenzt und die Darstellung der gesellschaftlichen Diversität bleibt oft oberflächlich, mit einer Tendenz zur Normalitätsvorstellung des Weissseins in den Darstellungen gesellschaftlicher Realitäten. Die Lehrmittel bieten keine umfassende Definition von Rassismus, sondern beziehen sich

häufig auf ein historisches oder interpersonales Verständnis von Rassismus, ohne auf seine strukturelle Dimension einzugehen.

Parallel dazu zeigt eine Umfrage unter Lehrkräften eine Diskrepanz zwischen der Anerkennung von Rassismus als offiziellem Bildungsauftrag und den unzureichenden Ressourcen und Kompetenzen, die zur Behandlung des Themas im Unterricht bereitgestellt werden. Die EKR empfiehlt daher, das Thema Rassismus in die Lehrpläne aufzunehmen, die Ausbildung der Lehrpersonen in diesem Sinne zu verstärken und klare Kriterien für die Beurteilung der Relevanz und Repräsentativität von Lehrmitteln in Bezug auf die gesellschaftliche Diversität festzulegen. Diese Massnahmen sind wichtig, um eine rassismuskritische Bildung zu fördern und auf eine integrative, gleichberechtigte Gesellschaft hinzuarbeiten.

Link: [EKR: Studien – Rassismus und Repräsentation gesellschaftlicher Diversität in Lehrmitteln \(1380-D\) \(admin.ch\)](#)

Schutz vor Diskriminierung im Privatrecht

Die EKR setzt sich seit vielen Jahren für eine Stärkung des zivilrechtlichen Diskriminierungsschutzes in der Schweiz ein. Die Studie «Zugang zur Justiz in Diskriminierungsfällen» des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) von 2015 kam zum Schluss, dass der zivilrechtliche Diskriminierungsschutz nicht ausreichend sei. Leider wurde ein grosser Teil der vom SKMR formulierten Empfehlungen vom Bundesrat abgelehnt, was vom Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD) und der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) kritisiert wurde.

Die EKR hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Diskussion um den mangelhaften zivilrechtlichen Diskriminierungsschutz wieder aufzunehmen. 2020 beauftragte sie das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SIR) mit einer vergleichenden Analyse des zivilrechtlichen Diskriminierungsschutzes in mehreren europäischen Ländern. Dies war ein erster Schritt, um die verschiedenen in Europa vorherrschenden Ansätze zu identifizieren. In der Folge veranlasste die EKR eine genauere Untersuchung der spezifischen Schwächen des zivilrechtlichen Diskriminierungsschutzes in der Schweiz. Sie beauftragte Kurt Pärli, Professor für Soziales Privatrecht an der Universität Basel, mit der Erstellung eines Berichts, der diese Lücken anhand von konkreten Beispielen aus der Rechtsprechung und Fallbeispielen beleuchtet. Der Bericht enthält auch konkrete Empfehlungen zur Verbesserung des Schutzes vor rassistischer Diskriminierung.

Diese zwei Berichte werden der EKR die notwendigen Grundlagen liefern, um Sensibilisierungsmassnahmen einzuleiten und Empfehlungen zu formulieren. Die Veröffentlichung der Berichte ist für 2024 geplant.

Analyse der Gerichtsentscheide über rassistische Diskriminierung

Seit 1995 erfasst und veröffentlicht die EKR internationale und nationale Urteile und Entscheide zu rassistischer Diskriminierung. Bisher hat sie knapp 1220 Fälle und Entscheide zusammengetragen. Die auf der Website der EKR publizierte Sammlung ermöglicht es dem interessierten Fach- und Laienpublikum, sich einen Überblick über den Stand der Rechtsprechungspraxis zum Straftatbestand Diskriminierung und Aufruf zu Hass gemäss Artikel 261^{bis} StGB und zur internationalen Rechtsprechung auf diesem Gebiet zu verschaffen. Ausserdem ist es möglich, gezielt nach Entscheiden zu suchen.

Die EKR erhielt kürzlich die Entscheide für das Jahr 2022. Von den 122 Entscheiden zu Artikel 261^{bis} StGB (exklusive 8 Entscheide zu Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung) führten 48 Fälle zu einer Verurteilung oder einem Strafbefehl. Unter diesen waren Schwarze Personen mit 34 rassistischen Vorfällen bei weitem am stärksten betroffen. Die meisten Straftaten ereigneten sich an öffentlichen Orten (auf der Strasse, an Bahnhöfen, in öffentlichen Verkehrsmitteln usw.) sowie in sozialen Netzwerken.

Im Jahr 2022 sind fast doppelt so viele Entscheide eingegangen wie in den Vorjahren. Diese hohe Anzahl ist auf die aktive Anfrage der EKR bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten zurückzuführen. Tatsächlich ist die Anzahl der Schuldsprüche nur leicht gestiegen (48 im Jahr 2022 im Vergleich zu 38 im Jahr 2021). Durch die aktive Anfrage bezüglich den Entscheiden 2022, erhielt die EKR insbesondere mehr Nichtanhandnahmen (47) und Einstellungsverfügungen (25) als in den Vorjahren. Da die kantonalen Strafverfolgungsbehörden dem Bundesamt für Polizei (fedpol) bzw. ehemals dem Nachrichtendienst nur Urteile, Strafbescheide und Einstellungsbeschlüsse mitteilen müssen, erreichten die EKR in der Vergangenheit vor allem viele Nichtanhandnahmen nicht.

Für das Jahr 2023 hat das fedpol der EKR bisher 63 Entscheide zu Artikel 261^{bis} StGB (exklusiv 7 Entscheide zu Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung) weitergeleitet. Von diesen führten 36 zu einem Schuldspruch oder Strafbefehl. Schwarze Personen waren erneut mit 18 Entscheiden die am stärksten betroffene Gruppe. Die meisten Straftaten wurden an öffentlichen Orten sowie bei Freizeitaktivitäten begangen.

Diese Angaben sind als Momentaufnahme zu verstehen, da der EKR laufend und sogar Jahre später noch Entscheide zugestellt werden, die das Berichtsjahr betreffen.

Link: [EKR : Sammlung Rechtsfälle \(admin.ch\)](#)

Analyse der Beratungsarbeit

Das von *humanrights.ch* und der EKR koordinierte Beratungsnetz für Rassismuskritiker veröffentlichte seinen sechzehnten überregionalen Auswertungsbericht über Rassismuskritikfälle aus der Beratungsarbeit in der Schweiz im Jahr 2023.

Der Bericht weist deutlich auf die allgemeine Verbreitung des Phänomens hin, sowohl in individuellen Interaktionen als auch in institutionellen Strukturen. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg von 708 auf 876 gemeldete Fälle (+ 168 Fälle) zu verzeichnen. Diese Zunahme deutet auf eine grössere Bereitschaft hin, rassistische Handlungen anzuzeigen, belegt aber auch die Auswirkungen der weltpolitischen Ereignisse wie des Kriegs im Nahen Osten, die die rassistische und antisemitische Dynamik in der Schweiz verschärfen.

Die meisten Vorfälle ereigneten sich im Bildungsbereich, am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum. Fremdenfeindlichkeit, Anti-Schwarzer Rassismus, Feindseligkeit gegenüber Menschen aus der arabischen Welt und antimuslimischer Rassismus sind die am häufigsten genannten Diskriminierungsgründe. Der Bericht zeigt, wie dringend strukturelle und institutionelle Veränderungen in Bildung, Politik, Arbeit und Wohnen sind.

Die Beratungsstellen spielen eine entscheidende Rolle, indem sie Opfer und Zeugen Unterstützung anbieten, Handlungsstrategien entwickeln und Behörden und die Öffentlichkeit sensibilisieren. Der Bericht hält jedoch fest, dass die gemeldeten Fälle nur einen Bruchteil der tatsächlichen Vorfälle ausmachen, und er unterstreicht die Notwendigkeit, umfassende Untersuchungen in verschiedenen Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Verwaltung und Polizei durchzuführen. Nur so könne man ein vollständigeres Bild des Ausmasses des Problems erhalten. Der Bericht betont auch, wie wichtig es ist, die Perspektive der Opfer stärker einzubeziehen, um die strukturellen und institutionellen Dimensionen von Rassismus zu verstehen.

Link: [EKR : Nationales Monitoring - Rassismuskritikfälle aus der Beratungsarbeit 2023 \(1387-D\) \(admin.ch\)](#)

Meldeplattform rassistische Hassrede

Seit 2021 betreibt die EKR die Plattform www.reportonlineracism.ch, die die Möglichkeit bietet, im Internet gesichtete rassistische Hassreden mit wenigen Klicks zu melden.

2023 wurden 191 rassistische Inhalte gemeldet, wobei eine Zunahme der Inhalte gegen Schwarze Menschen (56 gegenüber 38 im Jahr 2022) und gegen jüdische Menschen (51 gegenüber 23) zu verzeichnen ist. Auch Meldungen zu Hassreden gegen Musliminnen und Muslime wurden häufiger gemeldet (27 gegenüber 16). Hingegen wurden allgemein fremdenfeindliche Inhalte oder solche gegen geflüchtete Menschen etwas seltener gemeldet (insgesamt 52 Fälle gegenüber 60 im Jahr 2022). Die Schwankungen verdeutlichen, wie reaktiv Hassrede auf soziale und politische Ereignisse anspricht.

Der Kanal, von dem die häufigsten Inhalte gemeldet wurden, war die Kommentarspalte von Onlinemedien (46), gefolgt von Facebook und Twitter/X (beide je 44). Auch die Meldungen betreffend Instagram (21) und TikTok (8) haben im Berichtsjahr zugenommen.

Rund ein Drittel (67) der gemeldeten Inhalte war strafrechtlich relevant, 14 davon hat das Sekretariat der EKR den zuständigen Strafverfolgungsbehörden angezeigt. Die übrigen Meldungen lagen ausserhalb der Schweizer Gerichtsbarkeit, stammten von bereits gelöschten Konten oder betrafen keine Offizialdelikte, sondern Antragsdelikte, die nur von den Geschädigten angezeigt werden können.

Unter rassistischer Online-Hassrede versteht die EKR Äusserungen im Internet in Form von Schrift, Ton oder Bild, die eine Person oder Personengruppe namentlich aufgrund ihrer «Rasse», Hautfarbe, Ethnie, nationalen Herkunft oder Religion herabwürdigen, gegen sie zu Hass aufrufen oder dies befürworten, fördern oder rechtfertigen.

Die gemeldeten Inhalte werden erfasst und analysiert. Die EKR beurteilt ihre strafrechtliche Relevanz, unterstützt Geschädigte bei der Anzeige von Straftaten, berät sie oder verweist sie an andere spezialisierte Stellen.

Link: [Meldeplattform rassistische Hassrede \(reportonlineracism.ch\)](http://www.reportonlineracism.ch)

3. Parlamentarische Vorstösse und politische Agenda

Im Jahr 2023 behandelte das Parlament zahlreiche Geschäfte (parlamentarische Initiativen, Motionen, Postulate, Interpellationen) mit direktem oder indirektem Bezug zur Rassismusthematik. Die EKR erfasst sie laufend auf ihrer Website.

Überblick über wichtige politische Ereignisse und Vorstösse im Jahr 2023:

[22.065 Geschäft des Bundesrates](#) | **Bundesgesetz über das Gesichtsverhüllungsverbot**

In der Schweiz wird es künftig verboten sein, das Gesicht in der Öffentlichkeit zu verhüllen, nachdem das Parlament den Gesetzentwurf zur Umsetzung der Volksinitiative zum Burka-Verbot auf Bundesebene angenommen hat. Nach dem Ständerat stimmte am 20. September 2023 auch der Nationalrat dem Gesetz mit 151 zu 29 Stimmen zu. Die umstrittene sogenannte Burka-Initiative des Egerkinger Komitees war beim Referendum im März 2021 von 51 % der Stimmenden angenommen worden.

Im Jahr 2017 hatte die EKR sich in einer klaren [Stellungnahme](#) gegen die Initiative ausgesprochen. Sie argumentierte, dass die Präsenz religiöser Zeichen im öffentlichen Raum und die Toleranz ihnen gegenüber zur Achtung der Grundrechte gehören und stets höher gewichtet werden müssen als die Versuchung, Bestimmungen als Reaktion auf Einzelfälle zu erlassen. Im Rahmen ihres Auftrags hatte die EKR an der [Vernehmlassung](#) zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative teilgenommen und ihre Position sowohl zur Initiative als auch zum Gegenvorschlag dargelegt. Die Kommission hatte sich auch in einer [Medienmitteilung](#) geäußert.

[22.466 Initiative](#) | **Diskriminierung auf dem Mietwohnungsmarkt bekämpfen**

Der Nationalrat lehnte es ab, der parlamentarischen Initiative von Nationalrat Christian Dandrès zur Bekämpfung der Diskriminierung auf dem Mietwohnungsmarkt Folge zu geben. Aufgrund von Beobachtungen aus der Praxis und der Arbeit der Expertengruppe der UNO über Personen afrikanischer Abstammung forderte der Text, dass die Statistiken des Bundesamts für Statistik über das Wohnungswesen die Möglichkeit bieten müssen, zu beurteilen, ob ethnische Diskriminierung besteht, wie sie sich ausdrückt und in welchem Ausmass diskriminiert werde. Der Text verlangte auch die Einführung eines Pilotverfahrens in einer oder mehreren Regionen oder Kantonen, das auf anonymen über eine Plattform eingereichten Kandidaturen gründet.

[23.4133 Interpellation](#) | **Algorithmische Diskriminierung. Ist der gesetzliche Diskriminierungsschutz ausreichend?**

In der Interpellation wurde der Bundesrat gefragt, ob der heutige Rechtsrahmen ausreichende Mittel zur Bekämpfung von Diskriminierung durch algorithmische Systeme bereitstelle. In seiner Stellungnahme vom November 2023 erklärte der Bundesrat, dass er bereits geplant habe, bis Ende 2024 eine Analyse durchzuführen, in der untersucht werden soll, inwieweit die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen unter Berücksichtigung der besonderen Risiken algorithmischer Systeme einen ausreichenden Schutz vor Diskriminierung bieten.

[21.513](#); [21.514](#); [21.515](#); [21.516](#); [21.522](#); [21.527](#) Initiativen | **Aufrufe zu Hass und Gewalt aufgrund des Geschlechts müssen strafbar werden**

Aufruf zu Hass oder Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts muss strafbar sein. Der Nationalrat unterstützte im Dezember 2023 mit 123 zu 65 Stimmen sechs gleichlautende parlamentarische Initiativen zur Ergänzung des Strafgesetzbuches (StGB). Eingereicht wurden die Vorstösse von Min Li Marti (SP/ZH), Jacqueline de Quattro (FDP/VD), Sibel Arslan (Grüne/BS), Kathrin Bertschy (GLP/BE) sowie den ehemaligen Nationalrätinnen Marianne Binder-Keller (Mitte/AG) und Liliane Studer (EVP/AG). Die sechs Politikerinnen halten fest, dass Hass und Gewalt gegen Frauen leider weit verbreitet seien. Bei den Debatten über die Ausweitung von Artikel 261bis StGB auf die sexuelle Orientierung hatte das Parlament darauf verzichtet, Diskriminierung und Aufrufe zu Hass aufgrund des Geschlechts unter Strafe zu stellen.

Eingereichte Geschäfte

Zwei der Motionen, die 2023 eingereicht wurden, hat die EKR besonders genau verfolgt:

[23.4335](#) **Für eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus** (eingereicht von der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats)

Der Bundesrat wurde beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen, eine Strategie und einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus auszuarbeiten. Diese sollen Bund, Kantone und Gemeinden gemäss ihren jeweiligen Aufgaben und Verantwortlichkeiten in die Pflicht nehmen. Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung muss dafür mit ausreichenden Ressourcen gestärkt werden. Zu prüfen sei schliesslich, ob zusätzlich ein Beauftragter bzw. eine Beauftragte für Rassismus- und Antisemitismusbekämpfung eingesetzt werden soll.

[23.4318](#) **Verbot der öffentlichen Verwendung von rassendiskriminierenden, gewaltverherrlichenden oder extremistischen, wie beispielsweise nationalsozialistischen Symbolen** (eingereicht von der Kommission für Rechtsfragen des Ständerats)

Die öffentliche Verwendung von rassendiskriminierenden, gewaltverherrlichenden oder extremistischen Symbolen sollen unter Strafe gestellt werden. Der Ständerat unterstützte im Dezember 2023 stillschweigend eine entsprechende Motion seiner Kommission, der Nationalrat im April 2024.

Sie will das öffentliche Verwenden, Tragen, Zeigen und Verbreiten von rassendiskriminierenden, gewaltverherrlichenden oder extremistischen Propagandamitteln und Symbolen, wie Gesten, Parolen, Grussformen, Zeichen und Fahnen, unter Strafe stellen. Der Text bezieht sich nicht nur auf nationalsozialistische Symbole.

Im Oktober 2023 befasste sich die Kommission für Rechtsfragen (RK) mit der Thematik im Rahmen zweier parlamentarischer Initiativen ([21.524 Initiative](#) | **Verbot der öffentlichen Verwendung von extremistischen, gewaltverherrlichenden und rassistischen Symbolen**; [23.400 Initiative](#) | **Spezialgesetzliches Verbot der öffentlichen Verwendung von nationalsozialistischen Symbolen**) und einer Motion ([21.4354 Motion](#) | **Keine Verherrlichung des Dritten Reiches. Nazisymbolik im öffentlichen Raum ausnahmslos verbieten**). Die Kommission ist der Meinung, dass ein Verbot nicht auf Symbole, die mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht werden, limitiert, sondern auch andere rassendiskriminierende, extremistische und gewaltverherrlichende Symbole einschliessen solle.

Ein Verbot nationalsozialistischer Symbole, die einfacher identifizierbar sind als andere extremistische Symbole, soll rasch umgesetzt werden; ein Bericht, der in einer Motion der RK-S verlangt wurde, sollte es ermöglichen, das Verbot anderer rassistischer und extremistischer Symbole in einem zweiten Schritt zu konkretisieren.

Link: [EKR : Politische Agenda zu Rassismus \(admin.ch\)](#)

4. Kommunikation

Themendossier Antimuslimischer Rassismus

Die EKR hat im Berichtsjahr ein Themendossier zu antimuslimischem Rassismus herausgegeben. Es befasst sich eingehend mit den Merkmalen und Besonderheiten des antimuslimischen Rassismus und beleuchtet seine zeitgenössischen Erscheinungsformen wie Vorurteile und Hassreden in den sozialen Medien sowie deren Auswirkungen.

In der Schweiz, wo rund 450 000 Musliminnen und Muslime leben, bleiben Rassismus und Diskriminierung gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe ein grosses Problem. Laut einer Umfrage des Bundesamts für Statistik im Jahr 2020 hegten 12 Prozent der Schweizer Bevölkerung negative Gefühle gegenüber Musliminnen und Muslimen und 20 Prozent brachten mit Musliminnen und Muslimen negative Stereotype in Verbindung. Diskriminierung tritt in verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens in Erscheinung und manifestiert sich in demütigenden Äusserungen, Aufrufen zu Gewalt, einseitiger Berichterstattung in den Medien, diskriminierenden Initiativen und Hassreden im Internet. Besonders verletzlich sind Frauen, die Kopftuch tragen.

Das Themendossier schliesst mit den Kernaussagen der EKR zu dieser Problematik und bietet ein wertvolles Instrument zum besseren Verständnis von Rassismus und Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen.

Link: [EKR: Themendossiers – Antimuslimischer Rassismus \(1376-D\) \(admin.ch\)](#)

Tangram

Die EKR hat im Herbst 2023 eine neue Ausgabe ihrer jährlich erscheinenden Zeitschrift Tangram veröffentlicht. Thema in diesem Jahr war das koloniale Erbe der Schweiz.

Zwar besass die Schweiz nie eigene Kolonien, am kolonialen Unternehmen war sie dennoch kommerziell, ideologisch, intellektuell und auch religiös wesentlich beteiligt. Dadurch legitimierte sie stillschweigend ein Herrschaftssystem, das die Wahrnehmung von Rassismus und die Reproduktion von Ungleichheiten nachhaltig geprägt hat. Wer aktuelle Erscheinungsformen von rassistischer Diskriminierung in der Schweiz besser verstehen will, muss sich mit dem kolonialen Erbe auseinandersetzen, was die 47. Ausgabe vom Tangram tut und die neuesten Forschungen in diesem Bereich beleuchtet.

Die Publikation geht die komplexe Problematik mit unterschiedlichen Ansätzen aus der Sicht verschiedener Autorinnen und Autoren an. Ziel ist es, bestimmte Überlegungen und Forschungsarbeiten bekannter zu machen und auf Lücken hinzuweisen, die in der Wissenschaft, im Unterricht und in unserem allgemeinen Geschichtsverständnis noch zu schliessen sind. Ausserdem wird die Verantwortung der Schweiz als Staat unterstrichen, hat die Eidgenossenschaft doch vom Kolonialismus profitiert, wie mehrere Beiträge zeigen.

In dieser Publikation geht es aber nicht um Schuldzuweisung. Vielmehr versteht sie sich als Anregung, historische Zusammenhänge zu erkennen und zu verstehen. Die zahlreichen Analysen und Forschungen, die durchgeführt werden, belegen, wie notwendig kontinuierliche Arbeit im Bereich Aufklärung und Bewusstseinsbildung ist.

Link: [EKR : Tangram 47 \(admin.ch\)](#)

Medienmitteilungen der EKR 2023

Tangram 47: Koloniales Erbe in der Schweiz – eine Einordnung | 24.10.2023

Die EKR veröffentlicht die neuste Nummer der Zeitschrift Tangram. Die 47. Ausgabe befasst sich mit dem kolonialen Erbe der Schweiz, einem sensiblen, aber wichtigen Thema, will man heute bestimmte Aspekte im Zusammenhang mit Rassismus und rassistischer Diskriminierung in unserem Land verstehen.

Rassismus und Jugend: Bestandsaufnahme und Handlungsfelder | 26.06.2023

An einer Fachtagung der EKR sind am 26. Juni 2023 über 270 Menschen in Bern zusammengekommen, um über das Thema «Jugend und Rassismus» zu sprechen. Gestützt auf Studien und Beobachtungen aus der Praxis warfen die Referentinnen und Referenten einen kritischen Blick auf Rassismus im schulischen Umfeld, in Sport und Freizeit und im digitalen Raum. In seiner Eröffnungsrede unterstrich Bundespräsident Alain Berset die Wichtigkeit des Anlasses.

Wie werden Rassismus und gesellschaftliche Diversität in Lehrmitteln abgebildet? | 19.06.2023

Die EKR veröffentlicht eine Studie, die untersucht, wie sich Schweizer Lehrmittel mit Rassismus und gesellschaftlicher Repräsentation von Diversität auseinandersetzen. Einerseits ist eine zunehmende Sensibilität bezüglich rassistischer Begriffe feststellbar. Andererseits zeigt die Analyse aber auch, dass Lehrmittel noch kaum Ansätze für eine rassismuskritische Bildung bieten und auch die (bildliche) Repräsentation einer (post-

)migrantischen Gesellschaft bisher nur punktuell in Erscheinung tritt. Das liegt unter anderem daran, dass das Thema «Rassismus» in den Lehrplänen nicht vorkommt.

Auswertungsbericht 2022: Rassismuvorfälle aus der Beratungspraxis | 23.04.2023

Für das Jahr 2022 hat das Beratungsnetz für Rassismuskritiker 708 Fälle rassistischer Diskriminierung dokumentiert und ausgewertet. Das sind 78 Fälle mehr als im Vorjahr. Die steigende Zahl an Meldungen deutet auf eine erhöhte Bereitschaft der Schweizer Bevölkerung hin, sich aktiv gegen Rassismus zu engagieren. Die meisten Vorfälle ereigneten sich am Arbeitsplatz und im Bildungsbereich und betrafen am häufigsten Antisemitismus und Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit.

Ein Jahr Meldeplattform für rassistische Hassrede im Netz | 21.03.2023

Nach einem Jahr hat die EKR eine erste Auswertung der Meldeplattform für rassistische Hassrede im Internet www.reportonlinerracism.ch vorgenommen. Insgesamt wurden 163 rassistische Inhalte gemeldet. Die gemeldeten Hasskommentare zielen am meisten auf Schwarze Menschen oder sind allgemein fremdenfeindlich. Am häufigsten wurden Hasskommentare in Kommentarspalten von Online-Medien und auf Facebook gemeldet. Knapp ein Viertel der gemeldeten Inhalte war strafrechtlich relevant.

Link: [EKR: Medienmitteilungen \(admin.ch\)](#)

Stellungnahmen der EKR 2023

Kampagne «Neue Normalität»

Die EKR ist auf die Sujets der Kampagne «Neue Normalität» aufmerksam geworden, die im Rahmen des Wahlkampfs im Oktober 2023 auf der deutschsprachigen Website und den Social-Media-Kanälen der SVP verbreitet wurden. Die EKR stuft die Kampagne als «fremdenfeindlich» und «hetzerisch» ein. Namentlich die Verbindung von kriminellen Vorfällen, in die Ausländerinnen und Ausländer verwickelt waren, mit dem Slogan «Neue Normalität?» und gewaltvollen Bildern sei unangemessen. Die EKR äusserte ihre Bedenken in einem Schreiben an den Parteipräsidenten und betonte, dass eine solche Kampagne negative Emotionen schüre, Ablehnung gegenüber als ausländisch wahrgenommenen Menschen verbreite und unvereinbar mit den demokratischen Werten sei. Sie forderte die SVP auf, die im Rahmen der Kampagne veröffentlichten Abbildungen von der Website zu entfernen und ihre Verbreitung in den sozialen Medien zu stoppen. Die SVP veröffentlichte das Schreiben der EKR.

Link: [EKR: Stellungnahmen \(admin.ch\)](#)

Medienarbeit der EKR 2023

Im Berichtsjahr haben die Präsidentin und das Sekretariat der EKR mehr als 70 spontane Medienanfragen beantwortet. Die Anfragen betrafen eine Vielzahl von Themen, darunter aktuelle Ereignisse oder alltägliche Vorfälle, die eine rechtliche Analyse oder eine offizielle Stellungnahme erforderten. Fragen zu Hassrede im Internet und zu Rassismus gegen Schwarze Menschen gehörten zu den am häufigsten gestellten Fragen. Darüber hinaus wurde die EKR um Stellungnahmen und Kommentare zu politischen Reden oder Kampagnen gebeten.

Aus der Kommission

Mitglieder

Die EKR bestand 2023 aus 15 Mitgliedern:

Präsidentin

Martine Brunschwig Graf, Ökonomin, Expertin für politische Angelegenheiten

Vizepräsidentinnen

Maya Hertig, Professorin für öffentliches Recht

Nora Refaeil, Anwältin, Mediatorin, Ausbilderin

Expertinnen und Experten / Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen und Vereinen

Elisabeth Ambühl-Christen, Vertreterin der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK)

Wolfgang Bürgstein, Generalsekretär der Schweizerischen Nationalkommission Justitia et Pax

Fredy Fässler, Vertreter der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Hilmi Gashi, Nationaler Leiter Migration bei der Gewerkschaft Unia

Stefan Heinichen, Programmleiter bei der Stiftung Rroma, Jugendarbeiter

Ruedi Horber, Vertreter des Schweizerischen Gewerbeverbands (sgv)

Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG)

Rifa'at Lenzin, Präsidentin der Interreligiösen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz IRAS
CORTIS

Florence Michel, Expertin für Medienfragen

Venanz Nobel, Vizepräsident des Vereins schäft qwant

Nenad Stojanović, Politologe, Assistenzprofessor SNF für Politikwissenschaft

Celeste Ugochukwu, Mitglied des Afrika Diaspora Rats Schweiz, Rechtsbeistand

Geschäftsstelle

Alma Wiecken, Leiterin des Sekretariats EKR, Juristin (80 %)

Giulia Reimann, wissenschaftliche Mitarbeiterin, stv. Leiterin des Sekretariats EKR (80 %)

Sylvie Jacquat, wissenschaftliche Mitarbeiterin Kommunikation (60 %)

Iwan Schädeli, Bereichsassistent (60 %)

Folgende Praktikantinnen und Praktikanten sowie Lernende ergänzten das Team 2023:

Darius Boojarjomehri, juristischer Praktikant (bis Juni 2023, 80 %)

Rubina Lanfranchi, juristische Praktikantin (ab September 2023, 80 %)

Fabiola Bourqui, kaufm. Lernende (bis Januar 2023, 80 %)

Marlène Thomi, kaufm. Lernende (ab August 2023)

Johan Tissot, Praktikant (April bis Juli 2023)

Dominik Beeler; Elia Bollmann; Shabon John Jones; Florian Rönicke (Zivildienstleistende, 100 %)

Anzahl Kommissions- und Präsidiumssitzungen 2023

2023 fanden insgesamt fünf Plenarsitzungen, darunter eine zweitägige Retraite, statt. Die Mitglieder des Präsidiums trafen sich zu vier Präsenz- oder Onlinesitzungen.

Budget der Kommission 2023

Der ordentliche Kredit der EKR belief sich im Berichtsjahr auf 185 898 Franken.

Herausgeber / Édition / Editore

Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR/Commission fédérale contre le racisme CFR/Commissione federale contro il razzismo CFR
Sekretariat der EKR/Secrétariat de la CFR/Segreteria della CFR

GS-EDI/SG-DFI/SG-DFI

Inselgasse 1, 3003 Bern/Berne/Berna

Tel. +41 58 464 12 93

ekr-cfr@gs-edi.admin.ch

www.ekr.admin.ch

Redaktion und Koordination / Rédaction et coordination / Redazione e coordinamento

Sylvie Jacquat

Redaktion / Rédaction / Redazione

Alma Wiecken

Sylvie Jacquat

Übersetzungen / Traductions / Traduzioni

Service linguistique francophone SG-DFI

Servizio linguistico italiano SG-DFI

Deutscher Spachdienst GS-EDI

Grafische Gestaltung Umschlag / Conception graphique couverture / Concezione grafica copertina

Monica Kummer Color Communications